

Für generationengerechte Reformen

Bei der Bekämpfung von Armut steht für die FDP Bildung an erster Stelle

Text: Albert Vitali

Wohin soll sich die Sozialhilfe entwickeln? Sollen die SKOS-Richtlinien zur Bemessung der Sozialhilfe weiterhin angewendet werden? Wie gross schätzen Sie das Problem der Armut in der Schweiz ein? Wie soll Ihrer Ansicht nach auf Armut reagiert werden?

Die Sozialhilfe ist ein wichtiges Auffangnetz für Personen, welche unverschuldet in Not geraten sind. Mit dieser Unterstützung soll es Menschen gelingen, möglichst schnell wieder auf die eigenen Beine zu kommen. Dabei muss aber auch beachtet werden, dass sich Arbeit stets lohnen muss. Wer durch einen Teilzeitjob mehr Sozialhilfe gestrichen bekommt, als er neu einnimmt, dem werden falsche Anreize gesetzt.

Die Sozialhilfe liegt in der Kompetenz der Kantone und die Lebensunterhaltskosten variieren zwischen diesen erheblich. Insofern ist es die Sache der Kantone und unserer Kantonalparteien, anhand der lokalen Gegebenheiten zu beurteilen, inwiefern die SKOS-Richtlinien angemessen sind.

Laut Bundesamt für Statistik hat die Anzahl Personen in der Schweiz, die armutsgefährdet sind, abgenommen. Dank dem Dreisäulensystem unserer Altersvorsorge steht die Schweiz im Bereich Altersarmut im internationalen Vergleich sehr gut da. Die beste Möglichkeit, Armut längerfristig zu bekämpfen, ist Bildung. Grundbildung und Weiterbildung sind zentral, um für den Arbeitsmarkt attraktiv bleiben zu können. Die Durchlässigkeit unseres Bildungssystems schafft Perspektiven, da dank Weiterbildung neue Horizonte eröffnet werden und keine Karrieren frühzeitig verbaut werden. Insofern ist es wichtig, das hervorragende duale Bildungssystem der Schweiz unbedingt zu erhalten und zu stärken. Schaffen wir es weiterhin, die Jugendarbeitslosigkeit rekordtief zu halten, verhindern wir langfristig viel grössere Armutsprobleme in der Schweiz.

Zur Umsetzung des Kindes- und Erwachsenenschutzrechts: Was funktioniert Ihrer Ansicht nach gut? Wo besteht Handlungsbedarf?

Die Zielsetzung der Reform – eine Professionalisierung der Vormundschaftsbehörden – war richtig. Die früher von Laien auf Gemeindeebene besetzten Vormundschaftsbe-

hörden mussten zum Teil sehr schwierige Entscheide in einem grundrechtlich sehr heiklen Bereich fällen. Die Gemeinden haben diese Aufgabe meist gut erfüllt, waren aber mit komplexen Fällen überfordert. Die Nähe der lokalen Behörden garantierte zwar den direkten Zugang zu relevanten Informationen, führte aber auch zu Konflikten, weil Mitglieder der Behörde befangen sein konnten. So wurde zum Teil gar nicht oder viel zu spät gehandelt – mit entsprechenden Folgen.

Die Schweiz ist unabhängig und entscheidet allein über Aufnahmebedingungen für Ausländerinnen und Ausländer

Wiederum ist zu berücksichtigen, dass Sozialhilfe und Vollzug von Vormundschaftsurteilen früher eng nebeneinander erfolgten. Mit der Kantonalisierung bzw. Regionalisierung ist dieses engmaschige Vorgehen verlorengegangen. Die KESB sind daher aufgefordert, eine Kultur der Zusammenarbeit zu pflegen. Erhalten die Gemeinden einen gewissen Einblick, können sie Entscheide nachvollzie-

Albert Vitali

ist Inhaber und Geschäftsführer eines Treuhandbüros und seit 2011 im Nationalrat für die FDP. 1982 bis 2001 war er Gemeinderat und Sozialvorsteher der Gemeinde Oberkirch.



hen, besser umsetzen und allenfalls kostengünstigere Lösungen vorschlagen.

Der Föderalismus hat bei der Umsetzung der ZGB-Revision eine Vielzahl von Organisations- und Finanzierungsformen hervorgebracht. Das ist auch eine Chance. Die Umsetzung und der Kostenanstieg haben nicht in allen Kantonen gleichermassen zu Problemen geführt. Eine Best Practice, welche funktionierende Modelle aufzeigt, soll helfen, organisationsbedingte Probleme zu beheben.

Im Sinne eines Case Management ist auch zu prüfen, inwiefern Betreuer auf Gemeindeebene und Gefährdungsmelder (insbesondere Lehrer) eine Rückmeldung von der KESB erhalten können.

Zur demografischen Entwicklung: Wie soll Ihrer Ansicht nach auf die demografischen Herausforderungen reagiert werden?

Die FDP will den Generationenvertrag ins Lot bringen. Mit der Sicherung der Altersvorsorge für die nächste Generation sind beträchtliche demografische, strukturelle und finanzielle Herausforderungen verbunden. Einseitige Reformen sind chancenlos, weil sie entweder reine Steuererhöhungen sind oder das Rentenalter auf unrealistische Höhe heben. Die FDP steht für eine generationengerechte Reform ein, bei welcher jeder seinen Teil beiträgt, um die Sozialwerke zu stabilisieren.

Zur Migration: Ist aus Ihrer Sicht das «Boot voll»? Was bedeutet für Sie erfolgreiche Integration von Migrantinnen und Migranten?

Der Mangel an Fachkräften von in der Schweiz lebenden Menschen hat die Schweiz zu einem Einwanderungsland gemacht. Gut integrierte Migrantinnen und Migranten sind seit je wichtiger Bestandteil der Schweizer Gesellschaft. Schweizer Unternehmen müssen weiterhin auf die

benötigten Fachkräfte zählen können. Die Schweiz ist unabhängig und entscheidet – im Einklang mit den internationalen Verträgen – alleine über Aufnahmebedingungen und Niederlassung von Ausländern in der Schweiz. Das Ausländergesetz und das Einbürgerungsgesetz müssen eine bestmögliche Integration von Ausländern in der Schweiz sicherstellen. Bei der erstmaligen Erteilung von Aufenthaltsbewilligungen – insbesondere bei Personen aus Drittstaaten – müssen Integrationsvereinbarungen abgeschlossen und eingehalten und negative Ergebnisse geahndet werden. Im Asylbereich sind die bestehenden Gesetze konsequent zu vollziehen und bei negativem Ausgang eines Asylverfahrens ist konsequent auszuschaffen. Erfolgreich integriert ist, wer eine Landessprache beherrscht und unsere Verfassung, die Gesetze und die schweizerischen Gepflogenheiten respektiert.

Welche Themen sind derzeit sozialpolitisch brisant?

Wie sollte der Staat Ihrer Ansicht nach darauf reagieren?

In der Sozialpolitik drängen sich insbesondere die Effekte der Demografie in fast allen Bereichen auf und stellen die Finanzierung der Sozialversicherungen vor grosse Herausforderungen. Bei der Reform der Altersvorsorge muss ein Mittelweg gefunden werden, welcher die Lasten der Reform nicht einseitig der jungen Generation aufbürdet. In der beruflichen Vorsorge müssen wir zurück zum Kapitaldeckungsverfahren kommen, da heute jedes Jahr den Erwerbstätigen Gelder abgezogen werden müssen, um die Renten der Rentner zu finanzieren. Ein solches Umlageverfahren ist in der AHV, aber nicht im BVG vorgesehen. Dieses Geld wird den Jungen später fehlen. Der Kostenanstieg der Ergänzungsleistungen darf ebenfalls nicht ausser Kontrolle geraten.

Auch beim Krankenversicherungssystem macht sich die Demografie bemerkbar: Nicht nur die Finanzierung, sondern auch die medizinische Grundversorgung eines zunehmenden Anteils an älteren Patienten muss sichergestellt werden. Doch aufgrund der Verakademisierung des Berufsfeldes und des ausbildungstechnischen Overkills fehlt dieses Personal. Staat und Berufsverbände müssen ein praxisnahes und zwischen den Ausbildungen durchlässiges Curriculum schaffen. Der Fachkräftemangel soll auch dank neuer stufengerechter Nutzung der fachlichen Fähigkeiten gelindert werden: Die historisch gewachsene Kompetenzordnung im Gesundheitswesen ist zu modernisieren und an die heutigen Ausbildungen anzupassen. Was bisher aufgrund einer starren Aufteilung der Zuständigkeiten und Verantwortungen nur von einem Arzt erledigt wurde, soll neu auch von einer Fachperson mit dafür geeignetem Fachwissen erledigt werden können. Die Ärzte können so ihre Kernkompetenz wieder besser wahrnehmen, was den Personalmangel in der Grundversorgung und im Spital zu beheben hilft.

Zur Rolle der Sozialen Arbeit in der Gesellschaft: Welche Rolle soll Ihrer Ansicht nach die Soziale Arbeit in den oben erwähnten Fragestellungen und in der Gesellschaft einnehmen?

Ein grosser Teil der Sozialen Arbeit basiert auf Freiwilligenarbeit, daher hat diese einen sehr hohen Stellenwert in unserer Gesellschaft. Auch professionelle Soziale Arbeit ist wichtig, nämlich dort, wo diese aufgrund von komplexen Fällen zwingend von gut ausgebildeten Profis durchgeführt werden muss.

